

# Correspondent

Erscheint  
Mittwoch, Freitag,  
Samstag,  
mit Ausnahme der Feiertage  
Jährlich 180 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 1 M. 25 Pf.  
Inserate  
pro Spalte 25 Pf.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXIX.

Leipzig, Freitag den 18. September 1891.

Nr. 109.

Wir erinnern unsere verehrten Abonnenten daran, daß die Bestellungen auf das vierte Vierteljahr sofort aufgegeben werden müssen. In Rücksicht auf die bevorstehende Bewegung und die Verabschaltung des Abonnementpreises auf 1 M. dürfen wir wohl erwarten, daß auch die bisherigen Mitleser sich in die Reihe der Abonnenten einfügen lassen und ebenfalls ihre Bestellungen bei dem nächstgelegenen Postamt unter Hinweis auf Nr. 1400 der Zeitungspreisliste, 12ter Nachtrag, sofort aufzugeben.

### Haben und drüber!

Angesichts der bevorstehenden Abänderung des Tarifs, hoffentlich nicht Aufhebung der Tarifgemeinschaft ist es ratsam, sich eingehend mit dem für und wider der Verkürzung der Arbeitszeit zu beschäftigen. Betrachtet man beide Kontrahenten, so ergibt sich folgendes: Es ist die große Mehrzahl der maßgebenden Prinzipale, es ist ferner die große Mehrzahl aller Gehilfen, welche im Prinzip für eine Ordnung, für ein geregeltes Verhältnis zwischen Prinzipal und Gehilfe im Buchdruckergewerbe sind; und darin stehen wir allen anderen Gewerben voran!

Aber wir wollen auch bestätigen, daß eine noch große Zahl von Prinzipalen nicht reif ist für das was uns not thut, auch wollen wir zugeben, daß von Gehilfen, dank unserer Lehrlingsmärktschaft, leider eine beträchtliche Anzahl nicht denkfähig ist. Zu bedauern aber ist, daß, während die Gehilfen jenen Teil der Prinzipale bekämpfen, unsere Herren Tarifkontrahenten letztere Klasse von Arbeitern gegen die große Mehrheit der bewährten Gehilfenschaft auszuspielen suchen. Jedoch es wird nicht so heiß gegeßen. Noch bedauerlicher ist es, daß es im großen und ganzen nur wieder die, die den alten Tarif bezahlen, sein werden, welche den neuen Tarif resp. die Wünsche und Forderungen der Gehilfenschaft berücksichtigen, wogegen die bekannten Druck-Anarchisten sich wieder auf Kosten anderer durchs Leben — stümpern (einen Vorteil haben letztere in Wirklichkeit ja nie erreicht, weil die besseren Gehilfen auch bessere Bedingungen suchen). Hätten die Prinzipale die ihnen so oft angetragene Unterstützung der organisierten Gehilfenschaft angenommen, die Stettiner Resolution durchgeführt, so wäre einerseits die bestehende Schnittkunstforschung niemals so hoch gekommen, andernteils wären wir heute einen Schritt weiter.

Zeit sind wir ziemlich dahin gelommen, daß intelligente Knaben oder solche mit besserer Schulbildung sich nicht mehr hergeben für das Buchdruckergewerbe, weil sie die Schattenseiten desselben „wittern“. Dagegen werden oft unfähige Burschen

über die Maßen herangezogen, um Erfolg zu schaffen und daran werden alle besseren Prinzipale nachmalis ihre „Freude“ haben. Wenn den Gehilfen ein besseres Dasein geschaffen wird, dann finden sich auch wieder befähigtere Elemente zur Erlernung der Buchdruckerkunst. Seht aber, wo dem Buchdruckergehilfen niemals oder selten das Los der Unabhängigkeit blüht, wo derselbe immer ein abhängiger Arbeiter bleibt, da ist der Nachwuchs zum größten Teile nicht der welcher es sein sollte. Jeder andre Arbeiter kann sich leicht selbstständig machen, der Buchdrucker soll es aber nicht thun, wenn er nicht genügend Kapital hinter sich hat. Dafür müßte er aber anderseits entshädigt werden. Gelegenlich einer Versammlung sagte ein Prinzipal: „Nicht nach hohem Verdienste soll der Gehilfe streben, sondern danach, sich selbstständig zu machen“, worauf ein „vorlauter“ Gehilfe erwiderte: „Nojo, bei 18 M. die Woche Lohn noch noch Prinzipal werden!“ Und betreffender „Herr“ zahlt auch heute noch so um die 18 M. Wenn nun von vielen Seiten darauf hingewiesen wird, wie verwerthlich es ist, sich mit einem Tausend Mark zu etablieren, wie viel trauriger ist es nicht, den Gehilfen zuzumuten, von 18 M. sich mehrere Tausend zu ersparen, denn wir haben doch fast alle nichts zu erben. Seht, das sind Schattenseiten und dafür bis jetzt keinen Erfolg! Obendrein sieht man die tüchtigsten Gehilfen als bestbezahlte Arbeiter an, wenn dieselben einige Mark über Minimum entlohnt werden — die einzige Zukunft für die strebsamen, tüchtigen Gehilfen in unserem Gewerbe! Ganz schweigen will ich von der ungewönden Beschäftigung, die allein schon eine Reduzierung der Arbeitszeit erfordert, der durchschnittlich frühzeitige Tod schweigt auch über das Heer der Arbeitslosen auf alle Fälle!

Ohne einen Kampf zu fürchten, wünsche ich dennoch, daß unsere Herren Arbeitgeber den ewig Abhängigen freiwillig das bieten, was minimalst verlangt wird. Es ist auch sicher anzunehmen, daß mancher Prinzipal seine eigene Meinung hat, welche abweicht von dem, was die Zeitschrift will und nicht dieser mäßigen Forderung den Stempel der Kraftprobe aufdrückt. Immer vorwärts, anders geht es doch nicht mehr, wozu also ein Kampf, der unter den fortgeschrittenen Buchdruckern gar nicht mehr vorkommen sollte?

Stettin.

R. Sch.

### Korrespondenzen.

S-t. Berlin. Am Sonntage den 13. September fand hier in den Aminhallen eine Versammlung Berliner Buchdruckerei-Besitzer statt, behufs Stellungnahme zu den Anträgen der Gehilfen zur Tarifrevision. Vertreten waren 88 Firmen, außerdem der Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer Ph. Schmitt sowie der Schriftführer

dieses Vereins E. Schubert anwesend, deren Verbleiben während der Verhandlungen nach kurzer Debatte von der Versammlung gestattet wurde; über die Erteilung des Wortes an Schmitt wurde dem Vorsitzenden Herrn Bürgenstein freie Hand gelassen; eigentlich erschien es hierbei, daß Herr Naeter, der in den Allgemeinen Buchdrucker-Versammlungen der Gehilfen den ausgiebigsten Gebrauch von seinem Rednertalente macht, sich gegen die Zustaltung Schmitts zum Wort erklärte. — Der Prinzipalvertreter zur Tarifkommission, Herr Naeter, leitete die Debatte durch einige allgemeine Bemerkungen über die Gehilfenanträge ein und erklärte, seine Stellung zu denselben nicht präzisieren zu wollen, um den Meinungsaustausch nicht zu beeinflussen. Die meisten Redner, so namentlich der Vorsitzende Herr Bürgenstein, die Herren Grunert, Bernstein, Ullstein, Horn erkennen die Forderung der Gehilfen auf Verkürzung der Arbeitszeit und dementsprechende Erhöhung des Grundpreises als vollkommen berechtigt an, eine Erhöhung des Lokalzuschlags für Berlin sei jedoch nicht am Platze. Berlin habe in früheren Jahren durch den höhern Lokalzuschlag eine ganze Anzahl von Arbeiten verloren. Der Vorsitzende berichtigte noch die im Birkulare der Vertrauensmänner aufgestellte Berechnung dahin, daß die geforderte Erhöhung von 10 Proz. sich nur auf den Tausendpreis beziehe, nicht auf das jetzt geltende Minimum; die Erhöhung des Tausendpreises sei die notwendige Konsequenz der Verkürzung der Arbeitszeit, denn ohne diese Erhöhung würde sich für die berechnenden Seher ein Ausfall ergeben. Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sprachen sich eigentlich nur zwei Redner aus und zwar die Herren Scholem und Becker. Ersterer hielt es für unmöglich, die Arbeitszeit noch zu verkürzen, sie betrage jetzt schon eigentlich bloß 9 Stunden bei englischer Arbeitszeit, ja durch Zusätzkommen und verschiedene andere Umstände ginge noch so viel Zeit verloren, daß kaum 9 Stunden herauskommen dürften. Die Mittel- und Kleinbetriebe würden durch die privaten Forderungen der Gehilfen am meisten in ihrer Existenz bedroht. Er befürchtete, die Verkürzung der Arbeitszeit würde überhaupt nur in Berlin zur Einführung gelangen, wodurch die kleinen Betriebe noch schwerer litten. Herr Becker würde die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Tausendpreises ganz gern zugesehen, wenn dies überhaupt möglich wäre, aber dies sei es für ihn nicht. Wenn diese beiden Forderungen in ganz Deutschland zur Durchführung gebracht werden könnten, so säge darin die geringere Gefahr, aber daran glaube er nicht. Die Lokalzuschläge müßten in ganz Deutschland die gleichen sein oder richtiger sie müßten ganz befestigt werden. Die Dauer der Gültigkeit des Tarifs sei zu kurz bemessen; auch hier müsse eine Verlängerung vorgenommen werden. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, wenn man der Ansicht sei, daß Lokalzuschläge nicht nötig seien, so möge man dies zum Ausdruck bringen, damit sage man sich aber von der Tarifgemeinschaft los; gerade durch die Lokalzuschläge habe man eine Ausgleichung der verschiedenen Lebensverhältnisse zu ermöglichen gesucht. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer des Tarifs sei er mit dem Vorredner einverstanden; es würde sich empfehlen, eine solche von fünf Jahren anzutreben. Was die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so habe er erfahren, daß die Gehilfen unbedingt darauf bestehen werden und bei Ablehnung derselben die weitere Beratung als überflüssig betrachten würden. So sehr er das bedauern würde, könne er doch nur sagen, daß die Gehilfen thun mögen, was ihnen recht scheint, die Prinzipale würden dann ebenfalls handeln. — Ph. Schmitt erklärt hierauf, daß das ganze Interesse der Gehilfenschaft an der Tarifberatung darauf gerichtet sein müsse, die Arbeitszeit zu verkürzen, um den vielen konditionlosen Arbeit und Brod zu verschaffen. Redner sucht dies weiter zu begründen, wird

jedoch vom Vorsitzenden unterbrochen und erklärt schließlich, daß die Gehilfen auf der Verkürzung der Arbeitszeit bestehen bleiben müssen, die anderen Punkte seien für sie nicht so wesentlich. — Es wird zunächst über einen inhaltlichen eingegangenen Antrag betreffend des Lofatzuschlages abgestimmt und mit großer Majorität beschlossen, die Erhöhung des Lofatzuschlages für Berlin auf 33½ Proz. abzulehnen. Der Prinzipialvertreter wurde ferner beauftragt, dahin zu wirken, daß für die großen Druckstädte (Berlin, Leipzig, Hamburg, Stuttgart) der gleiche Lofatzuschlag festgesetzt werde. — In Betreff der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Grundpositionen lagen drei Anträge vor: 1. Antrag Scholom: die Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen; dieser Antrag erhielt 43 Stimmen. 2. Antrag Bernstein: die Arbeitszeit auf 9 Stunden ausschl. der Pausen festzusetzen und dementsprechend den Grundpreis um 5 Proz. zu erhöhen; für diesen Antrag werden 44 Stimmen gezählt. 3. Antrag Scholom: eine allgemeine Erhöhung von 5 Proz. zu bewilligen, wird zurückgezogen. Herr Naeter führt aus, daß nach dieser Abstimmung ihm gewissermaßen freie Hand gelassen sei, er werde sich nach der herrschenden Ansicht der übrigen Prinzipialvertreter für das eine oder andre erklären. Der Vorsitzende bedauerte das Resultat der Abstimmung und kontrarierte, daß die Versammlung sich im ganzen den Forderungen der Gehilfen gegenüber ablehnend verhalten habe. Die Tagesordnung war damit erledigt. In der Debatte war jedoch von einem Redner die Gründung eines großen Vereins Berliner Buchdruckerbeifester angeregt worden und dieser Gedanke hatte in der Versammlung auch Unterstützung gefunden. Der Vorsitzende stellte nun die Frage, ob die anwesenden Prinzipale gesonnen seien, bei einem eventuellen Streit zusammenzutreten, und ferner, ob sie bereit seien, eine derartige Vereinigung zu bilden, wobei alle besonderen Interessen aus dem Spiele bleiben müßten und Voraussetzung wäre, daß der bestehende Verein sowohl wie auch die Jungr in dieser Vereinigung aufgehen müßten — worüber heute allerdings nicht beschlossen werden könnte — diese beiden Fragen wurden mit großer Majorität bejaht. Als Zweck der Vereinigung wurde bestimmt: Hebung des Gewerbes, Regelung des Lehrlingswesens, Bekämpfung der unberechtigten Forderungen der Gehilfen. Eine siebgliedrige Kommission wurde mit der Ausarbeitung eines Status beauftragt, welches einer baldigst einzuberufenden Versammlung zur Beratung und Annahme unterbreitet werden soll. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach der Beitrag auf 50 Pf. pro beschäftigten Gehilfen und Woche festgesetzt wurde. Von den Anwesenden erklärten 70 Vertreter von Firmen ihren Beitritt, während einige andere eine bestimmte Zusage zu machen nicht in der Lage waren. Der Vorsitzende erklärte den Verein hiermit für konstituiert. Der Laufstand soll in der nächsten Versammlung vollzogen werden.

(=) Berlin. In einem im Corr. bereits erwähnten Artikel der Zeitschrift f. D. B. wird darzuthun versucht, daß der Vorstand des U. B. D. B. die Verhandlungen mit dem D. B. B. und die bestehenden Verhandlungen der Tarifkommission lediglich als eine Unterhaltung betrachte und seinen Territorialismus so weit treibe, daß er durch seine Haltung den Gehilfenzuliedern der Tarifkommission den Mut zum selbständigen Denken benimmt! Schreiber dieses nimmt eine derartige Voraussetzung nicht Wunder; man sucht nur jemand hinter der Thüre, wenn man selbst dahinter gestanden. Wo ist das selbständige Denken der Gehilfen verhinder als bei unseren geschätzten Tarifkontrahenten? Man könnte der Zeitschrift hunderte von Fällen vorführen, wo Gehilfen droschs gemacht wurden, nur weil sie dachten es sei ihre Pflicht, sich ihren organisierten Kollegen anzuschließen und danach handelten. Und bei Führern des D. B. B. werden heute Nichtvereinmitglieder eingestellt mit dem Verbot daran zu „denken“, sich dem U. B. anzuschließen! — Eigentümliche Ansichten müssen bei den Weisen der Zeitschrift herrschen, daß sie glauben, Gehilfen, die das Vertrauen ihrer Kollegen in weitgehendem Maße genießen, lassen sich von irgend einer Seite in ihrem freien Denken beeinflussen oder dachten anders als die Kollegenschaft selbst, die sie mit dem bestehenden Amt betraute. Ein andermal wieder sind bekanntlich die leitenden Personen in der Gehilfenschaft die terrorisierenden Agitatoren! Wie verschroben sind diese Ansichten alle! Es herrscht bei der Gehilfenschaft eine andre Methode als bei den Führern des D. B. B. Gelegentlich der Vereinbarung über die Durchführung der Stettiner Resolution war der Vorstand des gedachten Vereins fast einstimmig der Meinung, die Resolution müsse zur Durchführung gelangen, er bestätigte dieses durch seine Unterschrift, publizierte es und setzte alle höheren Behörden davon in Kenntnis. Doch Wunder! Ein Stirnrunzeln der Vertreter von Rheinland-Westfalen ließ den ganzen Mut eignen Denkens schwunden und nicht mit einem Worte wagte man wieder für das einzutreten was man feierlich unterschrieben hatte! Dem gegenüber macht es in der That einen eigentümlichen Eindruck, wenn die

Zeitschrift sich über versagte Mitwirkung des Vorstandes des U. B. D. B. befußt Herbeiführung der freiwilligen Auflösung der Tarifkommission befagt. Abgesehen davon, daß die Aenderung der Tariftreise vor der Hand gegenstandslos geworden, da selbst ein Prinzipialvertreter, der des I. Tariftreises, in einer Versammlung der Berliner Gehilfen erklärte, „sich nicht auflösen zu wollen“, konnte sich der Vorstand um so weniger für die freiwillige Auflösung der Kommission begeistern, als seitens des Vorstandes des D. B. B. nachträglich kein Hehl daraus gemacht wurde, daß an der Neuwahl der Tarifkommission auch die zu nichttarifmäßigen Bedingungen arbeitenden Gehilfen teilnehmen sollten; hierdurch durfte man hoffen, im IV. und VIII. Kreis unter freundlicher Mitwirkung der Prinzipale Gehilfen vertreten gewählt zu sehen, die einem Minimum von 18 M. kaum eine Opposition entgegengehen würden. — Wenn die Zeitschrift sich ferner beklagt, daß die Anträge der Prinzipale nicht mit dem nötigen Ernst und der Würde behandelt werden, die der Sache gebühre, so beweist sie für die wirtschaftliche Lage ebenso wenig Verständnis wie die Väter dieser Anträge. Die Zeitschrift, welche wiederholt erklärt, daß die Prinzipale berechtigte Forderungen der Gehilfen wohlwollend prüfen würden, glaubt, den Forderungen sei durch eine wesentliche Reduzierung des Tariffs entsprochen! Nun, wenn die Gehilfenschaft in der heutigen Zeit der Leidung derartige Anträge nicht ernst meint, so sollte sich selbst die Zeitschrift nicht wundern, sie sollte vielmehr bedenken, daß durch dieselben von dem „Wohlwollen“ unserer Tarifkontrahenten ein Bild entworfen wird, welches geradezu den Spott herausfordert und die Sprache der Zeitschrift wohl zur größten Zurückhaltung veranlassen müßte.

\* Dresden. Der uns zugegangene Geschäftsbericht des Gauvereins Dresden für das Jahr 1890 bietet nicht nur ein erschöpfendes Bild der Fassengebahrung, sondern auch der sonstigen Vereins- und Geschäftsvorstände im Gau. In dem Berichte des Gauvorstandes verbreitet sich derselbe über die Verhältnisse des Gesamtvereins im allgemeinen und gibt einige bemerkenswerte Daten über die Vorcommunis innerhalb des Gaues, den Hauptteil derselben sowie die Schilderung der geschäftlichen Verhältnisse dem Berichte der Mitgliedschaften überlassend. Die leichten finden dann noch durch eine gedruckte, am 15. April d. J. aufgenommene Statistik ausführlichere Erwähnung. Wir führen die Summen der letztern auf: Faktoren usw. 65 (davon in der Provinz 21), Korrektoren 33 (1), Sefer 808 (331), Drucker 160 (56), Stereotypeure 18, dem U. B. gehören an 793 (226), R.-B. 274 (188), Sefer im gew. Gelde 626 (282), im Berechnen 184 (50), Lohn resp. Durchschnittslohn pro Mann im J. 1890 und zwar Sefer einschl. Faktoren usw. 117 (93) unter Min., 241 (88) Min., 154 (88) über Min., 100 (18) über 25, 76 (6) über 30 M.; Sefer im Berechnen 27 (3) unter Min., 7 (1) Min., 52 (43) über Min., 71 (3) über 25, 24 über 30 M.; Drucker 19 (10) unter Min., 44 (13) Min., 38 (21) über Min., 42 (9) über 25, 13 über 30 M.; die entsprechenden Ziffern bei den Stereotypeuren sind 10, 3, 1, 1, 3. Lehrlinge als Sefer 273 (156), Drucker 87 (33). Dauer der Arbeitszeit weniger als 10 Stunden in 9 Druckereien, mehr als 10 Stunden in 17 Druckereien. In verschiedenen Druckereien haben die Drucker eine längere Arbeitszeit als die Sefer. Summe der Überstunden in 1890: Sefer 28153, Drucker 8885, Stereotypeure 1244, Lehrlinge 4413. Maschinen sind vorhanden: Rotationsmaschinen 9, Schnellpressen 305, Dreipressen 127, Handhebelpressen 47, Handpressen 62. Ostern 1891 wurden 66 Sefer- und 19 Druckerlehrlinge eingestellt. Außer den aufgeführten Druckereien haben noch 2 Schriftgießereien in Dresden Statistiken eingereicht, in welchen 1 Faktor, 14 Gießer (2 im gewissen Gelde, 12 im Berechnen) und 1 Stereotypeur beschäftigt sind, von denen 12 dem Unterstützungsverein angehören. Die Lohnverhältnisse waren folgende: der Faktor und die Gießer im gewissen Gelde über 25 bez. 30 M., von den berechnenden Gießern 8 Minuten und 4 über 30 M., der Stereotypeur ebenfalls über 30 M. Gießerlehrlinge waren 4 vorhanden, von denen als zu Ostern 1891 eingestellt 3 aufgeführt sind. Die Arbeitszeit ist für die Gehilfen eine 9½-stündige (für den einen Gießer des zweiten Geschäftes 10 Stunden), für die Lehrlinge 10 Stunden. Ferner werden 1 Arbeiter zum Bearbeiten der Linien und 1 Schlosser als Juristiker bei 9½-stündiger Arbeitszeit beschäftigt. Die oben genannte Zahl der Mitglieder des Unterstützungsvereins erhöht sich demnach durch die Gießer von 793 auf 806. Die statthafte Ermittelungen beziehen sich auf insgesamt 138 Buchdruckereien, von denen auf die Stadt Dresden 51 und auf die übrigen Gauorte 87 entfallen. Aus 48 Druckereien waren irgendwelche Nachweise nicht zu erlangen. Die Gefamizahl der in diesen 138 Offizinen beschäftigten Gehilfen beträgt 1084 und zwar in Dresden 665 und im Gau 419, denen zusammen 360 Sefer- und Druckerlehrlinge gegenüberstehen (Dresden 171, Gau 189). Das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen insgesamt stellt sich wie 1 : 3, das der Sefer-

lehrlinge zu den Sefern wie 1 : 3 und das der Druckerlehrlinge zu den Druckern wie 1 : 2, während bei einer Trennung zwischen Dresden und Preußen das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen in Dresden sich wie 1 : 3,9 (Seferlehrlinge zu den Sefern wie 1 : 4, Druckerlehrlinge zu den Druckern wie 1 : 2) und im Gau wie 1 : 2,5 (Seferlehrlinge zu den Sefern wie 1 : 2, Druckerlehrlinge zu den Druckern wie 1 : 7 stellt. Das Verhältnis der berechnenden Sefer zu denen im gewissen Gelde stellt sich wie 1 : 3,4 (Dresden wie 1 : 2,6, Gau wie 1 : 5,7). Bemerkenswert ist, daß das Berechnen fast nur noch in den Zeitungen angetroffen wird, während der Werksatz immer mehr im gewissen Gelde hergestellt wird, wozu die 1888er Tarifrevision die wesentlichste Veranlassung gewesen zu sein scheint. Was die Überstunden betrifft, so sind es auch hier in erster Linie die Zeitungen, wo dieselben am häufigsten vorkommen. Beziiglich der Lohnverhältnisse tritt die bemerkenswerte Erscheinung zu Tage, daß auch im Dresdener Gau das Minimum oder ein dasselbe nicht wesentlich übersteigender Verdienst der weitaus am häufigsten anzutreffende Lohnsatz ist.

[?] Stuttgart. Der hierige Graphische Klub hielt am Sonnabend den 13. September einen Lesesitz für bei welcher Gelegenheit eine Reihe diesjähriger Johannissfestarbeiten (aus über 30 Städten) ausgelegt waren, einschließlich vieler Birkulare der stattgefundenen „Tage“. Im Hinblick darauf, daß die allermeisten Festprogramme, Birkulare usw. schon im Corr. besprochen wurden, sollen hier nur einige herausgegriffen werden, welche in Gesellschaft der Masse vor allem herausstachen. So war das Berliner Programm in der That als altdtsche Arbeit derb-einfach, während die Chemnitzer Einladungskarte künstlerisch-artistisch geführt war, wohl aber als zu sehr mit Text überladen im Inneren sich darstellt, welcher Nachteil auch dem Chemnitzer Birkular anhaftete. Aus Bayern waren fast von überall her recht schöpferische Arbeiten eingelaufen. Ein Münchener Birkular zeichnete sich vorzüglich durch einen weißen Ton im Inneren aus, welcher nur wegen Mangels eines rechtsseitigen unteren motivierten Abschlusses etwas geborgt erschien. Ein Nürnberger Birkular vermögte bei viel Aufwand an Farbendruck und sehr sorgfältigem Safe keine große Wirkung zu erzielen und muß bei dem Nürnberger Prolog vor allem der sehr sorgfältige Farbendruck anerkannt werden, während hinwiederum die innere Leiste viel zu schwer wirkte. Die Mitgliedschaften Ansbach und Würzburg hatten eine hübsche stilgerade Arbeit in Altdeutsch geliefert. Das Ingolstädter Birkular läßt entschieden den großen, noblen Schnitt der Großstadt vermissen. Das Festirkular des Mitteldeutschen Gaues wirkte recht effektvoll und zwar besonders durch den blaugrünen äußeren Rand, während der Ton etwas zu kräftig geraten ist und der kalligraphische Untergund bezw. Rand des Liedertextes das Originelle für sich hat. — Neben sonstigen Drucksachen verschiedenster Art war auch eine Geschäftskarte der Königl. Hofbuchdruckerei zu Guttenberg (K. Grüninger) hier ausgelegt, welche als das Beste von allem vorhandenen bezeichnet werden muß, besonders wirkte bei sehr kompliziertem Safe die Wildheit des Farbentonos wohlbewußt, wenngleich das Wort „Stuttgart“ rechts unten als zu kräftig bezeichnet werden muß. — Eine Denunziation in besserer Form findet sich in Nr. 33 des Journals für Buchdruckerkunst, wo es anlässlich einer Notiz über den Stuttgarter Graphischen Klub unter der Spitzmarke „Aufgepaßt!“ über den [?] Korrespondenten (welcher von einem Herrn M-r als „sozialistischer Bühl“ bezeichnet wird) u. a. heißt: „... dem solche Vereine ein Dorn im Auge“ sind, namentlich wenn sie nicht mehr, Führervölle spielen können: dann muß die Tätigkeit des Vereins herabgesetzt werden. . . . oder man muß versuchen, ihn ganz zu sprengen, um sich aus den Trümmern dann ein sozialistisches Privatverein zu gründen (!). Hoffentlich haben die Leiter des Graphischen Klubs die Augen offen und fallen nicht in die nach dem Prinzip Teile und herzhafte ihnen gelegte Schlinge und die Prinzipalstolen dagebst werden nach dem ihnen in Aussicht gestellten Neunstundenkampf auch wissen was sie zu thun haben. Vor allem sollten sie die professionellen Bühlern an die Lust sezen.“ Gut gebrüllt, Herr M-r, obgleich es nicht recht zu Ihrer Argumentation passen dürfte, daß der [?] Korrespondent Mitgliedern des Graphischen Klubs ist und auch heute sich noch im Vorstande befindet. Es bleibt somit von Ihren Zeilen nichts übrig als eine von niedriger Geistigung zeugende Denunziation!

Stuttgart, 13. Sept. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auf einen Passus im Protokolle der Generalversammlung des U. B. zurückzutreten, der dringend der Berichtigung bedarf. Nach Seite 112, Absatz 10 begründete Herr Sulz den Standpunkt des früheren Centralvorstandes in meiner Angelegenheit damit, daß er behauptete, er besitze einen Brief aus dem fraglichen Geschäft, des Juhalts, mir sei dort eine Fakturie nie angeboten worden. Es wirft ein eigentliches Licht auf das Verhalten des früheren Centralvorstandes mir gegenüber, daß ich erst heute,

nach drei Jahren, von einem in meiner Sache entscheidend gewesenen Briefe Kenntnis erhalte, der die durch Zeugen bestätigten Thatzachen direkt auf den Kopf zu stellen geeignet ist. Bezeichnend ist auch, daß Herr Sulz bei der Generalversammlung in Berlin alle Akten meiner Sache zur Hand hatte, nur den ominösen Brief nicht. Gleich nach der Generalversammlung schrieb ich an Herrn Sulz, mir den Schreiber jenes Briefes zu nennen, damit ich den Lügner entlarven könne, erhielt aber keine Antwort. Dagegen bin ich im Besitz nachfolgender Zeilen von Herrn Oberfaktor Stöhrer: "Stuttgart, 13. Sept. Herrn Faktor Wilhelm! Auf Ihr an mich gerichtetes Schreiben vom 9. ds. komme ich erst heute zurück und erwähne Ihnen, daß Herr Sulz wohl nicht im Besitz eines Briefes von mir sein kann, in welchem gefragt, daß Ihnen bei Gebrüder Kröner nie eine Faktorstelle angeboten wurde, denn die Unterredung in diesem Sinne, welche ja auf meine Veranlassung und Vorladung zwischen Herrn Paul Kröner, Ihnen und mir stattfand, ist mir noch zu gut im Gedächtnis, als daß ich das Gegenteil gar schriftlich abgegeben haben könnte; wie ich mich aber zu erinnern glaube — es sind ja drei Jahre darüber verflossen — wurde bei mir dozumal von Herrn Sulz angefragt, ob Sie bei Ihrem Eintritt am 15. März 1888 gleich als Faktor engagiert wurden, was ich wahrheitsgemäß natürlich verneine, da dies ja nicht der Fall, indem Sie in der Eigenschaft als Korrektor fungierten und so auch in der Arbeitsliste aufgeführt wurden, mit meinem Versprechen, wenn sich eine bessere geeignete Stellung eröffne, Sie dabei Berücksichtigung finden sollen, was ich Ihnen gegenüber bei der ersten sich zeigenden Veranlassung in der wohlwollendsten und redlichsten Absicht befand. Achtungsvollst Ch. Stöhrer." — Ich habe dem nichts beizufügen, überlasse vielmehr den Lesern selbst, sich einen Vers dazu zu machen. F. Wilhelm, Faktor.

## Rundschau.

Bon allen hierfür geeigneten Angelegenheiten erdritten Nachricht.  
Buchdruckerei und Verwandtes.

Die am letzten Sonntag abgehaltene Berliner Prinzipalversammlung hat, wie aus dem Bericht im Correspondenzteile zu erschließen, in betreff der Tarifrevision einen ziemlich negativen Verlauf gehabt. Die eine Hälfte der Anwesenden wollte keinerlei Konzessionen, die andre Hälfte war dazu geneigt. Thatsächlich sprachen sich die meisten Redner für die Verkürzung der Arbeitszeit aus, wenn schon Herr Bürgenstein, den Thatzachen zwang anzuheben, erklärte, die Versammlung hätte sich zu den Gehilfenforderungen ablehnend verhalten. Ganz so schlimm ist es nicht, das zeigt die geteilte Abstimmung. Man will eben nicht im Voraus Zugeständnisse gewöhnen, sondern abwarten, bis Hannibal, d. h. die Gehilfenschaft vor den Thoren steht. Immerhin steht die von den Berliner Prinzipalität eingetnommene Haltung vorteilhaft ab von dem Borgehen der Leipziger Unternehmer, die sich trotz ihrer billigeren Produktion auch nicht die geringste Konzession zu den brotötigen Forderungen der Gehilfen merken lassen, vielmehr mit Reduktionsanträgen und rigorosen Gewaltmaßregeln die Gehilfenschaft erbittern und es zum vollständigen Brüche treiben, bei dem sie den Kürzern ziehen müssen, denn nach den Leipziger Minimum-Konditionen gelüstet es niemanden in Deutschland. Müssten wir daher den Berliner Druckherren nachrichten, daß sie weltmännischer auftreten als ihre Kollegen an der Pleiße, so werden dieselben anderseits sich nicht verhehlen können, in welchem Maßverhältnis ihr mit 44 Stimmen gemachtes Angebot zu den thatsächlichen Bedürfnissen steht. Eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung kann die Gehilfenschaft durchaus nicht befriedigen, denn sie verfehlt den beabsichtigten Zweck. Und außer der Gewährung des Neunstundentags verlangen die Teuerungszustände eine allgemeine Aufbesserung des Lohnes, sei es nun durch Volkszuläge oder sonstwie. Wir währen uns immer mehr dem entscheidenden Zeitpunkt, deshalb wäre es wohl am Platze, dem Ausbruch des größten Konfliktes, den das Buchdruckergewerbe je gesehen, durch verständnisvolles Handeln vorzubeugen. Die gemeinsamen Kräfte von Prinzipalität und Gehilfenschaft werden besser zur Durchführung der dem Gewerbe dienlichen Reformen angewandt als daß sie sich in gegenseitigem Kampfe verzehren. Wenn die Herren Prinzipale zur Bekämpfung der Gehilfenschaft pro Gehilfe wöchentlich 50 Pf. auswerfen können, so sollten sie es sich abgewöhnen, bei den geringsten Anprüfungen der Gehilfen über das Zugrundegehen ihres Besitzes zu jammern. Einen faulen Frieden will und darf die Gehilfenschaft nicht abschließen, er würde ihr ungeheuren Schaden und die gleichen Kosten bringen wie die Durchführung ihres ganzen augenblicklichen Programms. Daraum sei die Gehilfenschaft einig und tapfer nach wie vor und fasse nur die eine und unteilbare Forderung ins Auge: Neunstundentag!

Um 7. September hat der Wiener Gehilfenausschuss nach achteinhalbmonatlicher Unterstützung die Zahl

der noch zu unterstützenden ausgesperrten Kollegen auf diejenigen beschränkt, welche im ersten Quartal 1891 zu den verschiedenen Fonds zahlten. Deshalb wurde auch die bisherige fünfsprozentige Steuer auf eine solche von zwei Prozent ermäßigt. Sämtlichen Kollegen, welche die Wiener unterstützen, wird dabei zur Kenntnis gebracht, daß der Ausschuß nun erst in der Lage ist abzuschließen. Im Vereine mit dem von den Vertrauensmännern aufgestellten Revisionssomite wird nun mit aller Rücksicht daran gearbeitet, um den Generalausweis in der angesichts des kolossal Materials thunlichst kürzesten Frist erscheinen zu lassen. Die Rechnungslegung soll längstens im Laufe des Monats Oktober erfolgen.

Aus Amerika. Der Newyork Recorder entließ fürztlich seinen der Union angehörigen Vormann und stellte einen N.-B. ein. Daraufhin legten die 90 Sez. die Arbeit nieden und nahmen dieselbe erst wieder auf, nachdem der Neueingestellte entlassen war. An dessen Stelle trat dann ein Unionsmitglied. Der Newyorker Zweig der Int. Typ. Union beschloß anlässlich dieses Falles, daß alle Vorleute in Union-Zeitungsoffiziellen Mitglieder der Union sein müssen. — Das Präsidium der D.-A. Typographia wird uns demnächst einen Bericht über die dortigen Verhältnisse senden, um die Kollegen, die unter falschen Hoffnungen und Voraussetzungen nach Amerika auszuziehen gedenken, vor Enttäuschung zu bewahren. Die Aussichten für aus dem Auslande zureisende Kollegen, Arbeit zu finden, seien sehr trübe. — Das Sekretariats-Komitee teilte dem Präsidium mit, daß die Maschinen in letzter Zeit wieder großen Störungen unterworfen gewesen seien; die Maschinenarbeit könne, soweit deutscher Satz in Betracht komme, bis jetzt überhaupt nur als ein Experiment betrachtet werden. — Zur Aufnahme meldeten haben sich in St. Louis: Herrn Wilde aus Barmen; in Newyork: Ferd. Gropler aus Münsterburg Ostpr., Karl Schreiner aus Kaiserslautern, J. F. A. Althagen aus Bremen, Heinr. Ruhlinger aus Amorbach. — Der Boykott gegen die Abendpost in San Francisco hatte zur Folge, daß fast alle beaghteten Anzeigen aus diesem Blatte zurückgezogen wurden.

### Presse und Literatur.

Eine von der herkömmlichen abweichende Auslegung des Begriffes grober Unfug, deren Verbreitung nur wünschenswert sein kann, gab das Landgericht Leipzig in Sachen des angeklagten Buchhändlers und Redakteurs F. Derselbe verfaßte vier Flugblätter, in denen das Publizum vor Weihnachtsfeiern in jüdischen Geschäften gewarnt wurde und verrichtete dieselben auf Bestellung zur weiteren Verbreitung. Es fanden sich ganz natürlich einige Geschäftsfleute, die an dem Inhalte der Flugblätter „Anstoß“ nahmen, sie erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und diese erhob Anklage, weil auch sie in den Flugblättern eine sich ungehörige Handlung fand, die gleichzeitig geeignet sei, das natürliche Rechtsgefühl im Publizum zu verlegen, also groben Unfug. Auch das Schöffengericht war der Ansicht, daß durch den Inhalt der Flugblätter das Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit bei Juden und Nichtjuden zu erschüttern geeignet wäre und verurteilte F. als Verfasser, Verleger und Verbreiter zu 20 Mt. Geldstrafe. Diese Strafe war der Staatsanwaltschaft zu niedrig, sie legte Berufung ein und der Angeklagte that desgleichen mit dem Antrag auf Freisprechung. Diesem gestern Antrage schloß sich das Landgericht an aus folgenden Gründen: Es gebe eine doppelte Auffassung des groben Unfugs, eine engere und eine weitere. Bei der ersten sehe man eine physische, sinnlich wahrnehmbare Belästigung oder Gefährdung davoran; die jetzt mehr in Aufnahme kommende weitere Auffassung des Begriffes sehe alle Handlungen für groben Unfug an, die an sich ungehörig und geeignet seien, das Publizum in seiner Allgemeinheit zu gefährden oder zu belästigen. Die Straffammer habe sich zu der engern Auffassung bekannt. Daß in dem vorliegenden Falle nicht der Inhalt der Flugblätter, sondern die äußere Form der Verbreitung in Frage komme, dafür spreche schon die Entstehungsgeschichte des betreffenden Gesetzesparagraphen und der enge Zusammenhang mit der ungewöhnlichen Erregung ruhestörenden Lärms. Nach Ansicht der Straffammer würde es zu einer Aufhebung der Preßfreiheit führen, wenn man jene weitere Auffassung gelten lassen sollte, da der subjektiven Meinung des Richters dabei ein zu weiter Spielraum gelassen sei. Der Richter sei nicht Censor und es sei nicht seine Aufgabe, ein Pressezeugnis nach seinem Inhalte zu prüfen, er könnte sonst der Todengräber der öffentlichen Meinung werden. In dem vorliegenden Falle sei aber nicht erwiesen, daß die äußere Form der Verbreitung der Flugblätter das Publizum belästigt habe und auch der Inhalt sei an sich nicht geeignet, eine solche Gefährdung oder Belästigung zu bewirken. Die Flugblätter gingen zwar etwas über das Maß hinaus, hätten aber in vieler Hinsicht eine gewisse Berechtigung und das Publizum in seiner Allgemeinheit sei keinesfalls durch dieselben belästigt. Es verhalte sich hier ähnlich wie mit Blättern politischen Inhalts: die Anhänger stimmen bei, die

Gegner ärgern sich darüber und wenn die angegriffene Partei jedesmal dann Anzeige wegen groben Unfugs erstatte, so könnte bald keine politische Zeitung mehr erscheinen.

Das Wort „Ordnungsbrei“ brachte der Breslauer Volkswacht eine Geldstrafe von 30 Mt. Unter den Personen, welche damit bezeichnet waren, befand sich auch der Amtsborsteher und dieser hatte gesagt. Der Verteidiger des Angeklagten fand den erwähnten Ausdruck ebenso beleidigend wie geschmacklos, fügte dies aber damit zu entschuldigen, daß der Angeklagte frisch von der Universität ohne jede redaktionelle und Lebenserfahrung und ohne Kenntnis der Strafgesetze in die Redaktion eingetreten sei; dort habe er sich von dem verlehrten Grundjahr leiten lassen, alle Zuschriften lokaler und provinzialer Zeitungen vorgetragen abzudrucken, in der Meinung, daß er damit der von ihm vertretenen Sache am besten diene. Er habe ganz übersehen, daß er durch diese Kritiklosigkeit nicht nur den Interessen seiner Partei nicht diente, sondern sie ebenso wie seine eigenen Interessen stark gefährdete.

Die Antisemitenhäupter in Görlitz, in erster Instanz zu je 150 Mt. Geldstrafe verurteilt, welches Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden ist (siehe Nr. 76 des Corr.), wurden jetzt von der Straffammer freigesprochen.

In Ullenstein erscheint vom 1. Oktober ab dreimal wöchentlich die Ullenstein'sche Volks-Zeitung (Centrum). Der Begründer des Depeschen-Bureaus „Hercold“ Dr. W. Hartogensis hat sich „um die politischen Interessen des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha so viele Verdienste erworben“, daß ihm der erbliche Adel verliehen wurde.

Der Frank. Btg. wird aus Paris geschrieben: Ein gewisser Débat, der zum vierten Male das Buchhaus von Poissi verließ, erfuhr zufällig, daß der Bierbrauer von Paris mit denen der Vororte wegen der verschiedenartigen Besteuerung, denen diese und jene unterworfen sind, im Streite liegen. Er beschloß diese Spaltung auszunützen und gründete zwei Blätter, die France commerciale und die Union sociale. Auf dem einen stand: Direktor: Herr Duchatel, auf dem andern: Direktor: Herr Vincent; allein beide Namen stellten nur eine Person: Herrn Débat, vor. An der Spitze der Union sociale war zu lesen: „Gefährlicher Betrug seitens der Pariser Brauer! Jährlich vier Millionen!“ Natürlich unterstützten die Brauer des Weichbildes das ihre Sache so warm vertretend Blatt reichlich mit Abonnement und Anzeigen. Ein Gleichtes thaten die Pariser Brauer mit der France commerciale. Eine heftige Brechfiede entpann sich zwischen den beiden Bierzeitungen; „Vincent“ und „Duchatel“ belegten sich darin gegen seitig zur Erbauung ihrer Leser mit den ausgeführtesten Schimpfnamen und Niemand ahnte, daß Débat sich selbst angreife, bis die Staatsanwaltschaft, die ein Auge auf den lebten hatte, das Geheimnis entdeckte. Labiche hätte ein Lustspiel aus der Sache gemacht; das Gericht nahm dieselbe aber ernst und verurteilte den Doppeljournalisten zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 Fr. Geldbuße.

### Vereine, Kassen usw.

Die Hilfskasse der deutschen Genossenschaften gewährte im vergangenen Rechnungsjahr an Hinterbliebene verdienter Beamten 1140 Mt. Die Kasse ist eigentlich als Rentenanstalt gegründet, hat diesen Zweig aber noch nicht aufnehmen können, da der hierzu nötige Fonds bis jetzt nicht erreicht wurde. Dieser war auf 300000 Mt. festgesetzt, besteht zur Zeit aber nur aus 71500 Mt. Der Vorstand will sich jetzt mit 100000 Mt. begnügen.

Die Gewerkschaft der Maas- bzw. Kundenschneider in Amerika ist in den letzten zwei Jahren von 5000 Mitgliedern in 97 Vereinen auf 9014 Mitglieder in 169 Vereinen gestiegen. Es ist dies aber immer noch ein kleiner Bruchteil der im Kundengeschäft thätigen Schneider, welche auf 150000 geschätzt werden, und es bleibt deshalb noch viel zu thun übrig. 167 Streits, an welchen 3900 Mitglieder beteiligt waren, haben seit der letzten Generalversammlung der Gewerkschaft stattgefunden, wovon 151 gewonnen wurden und 18 verloren gingen. Von 52 Aussperrungen wurden 34 gewonnen und 18 verloren; 5311 Mitglieder haben Lohnherhöhung erzielt. Es wurden 14683 Dollars an Streitgeldern und 11250 Dollars an Sterbegeldern ausgezahlt. Die laufenden Einnahmen betragen 51832,25 und die Ausgaben 43728,56 Dollars, Bestand 8303,69 Dollars.

### Arbeiterbewegung.

Boykott — grober Unfug. Nach der Staatsanwaltschaft hatten 11 Personen in Bezug auf groben Unfug begangen, weil sie in einer Volksversammlung eine Resolution beantragten resp. die Annahme derselben empfohlen, in welcher die Versammlung erklärt, in gewissen Lokalen, deren Besitzer dieselben nicht zu Versammlungen hergab, nicht mehr zu verfehlten, ferner sollen dieselben Personen in einer andern Versammlung per Resolution aufgefordert haben, Lokale, in denen der Zeitzer „Anzeiger“ aufliest, nicht zu besuchen, weil dieser die Arbeiter „Sippelhaft“ genannt

hatte. Der Strafantrag lautete auf 100, 60 und 25 Mf. Der Gerichtshof verwarf diesen Antrag. Es könne niemandem verwehrt werden, sich mit anderen nach der fraglichen Richtung hin zu verabreden und es sei auch gleichgültig, ob dies privat oder in größerer Versammlung geschehe. „Grober Unzug“ bedinge, daß jemand die öffentlichen Interessen oder die öffentliche Ordnung dadurch verlese, daß er das Publikum als solches (im Gegensatz zu einzelnen Personen oder individuell begrenzten Personenkreisen) gefährde oder belästige. Das liege aber hier nicht vor, es ginge das Publikum gar nichts an, ob ein beschränkter Personenkreis diese Latale befände oder nicht. Ebenso verhalte es sich mit dem Angeklagten. — Das hinsichtlich der Beurteilung des „groben Unzugs“ eine sachgemäße Auffassung Platz greift, davon zeugt auch der vorstehend aus Leipzig mitgeteilte Fall.

In einer Steinmühlenfabrik in Breslau wurde den Arbeitern eine Lohnherabsetzung um 20 Prozent angejohnt. Dieselben legten die Arbeit nieder und erzielten dadurch nicht nur die Rückgängigmachung dieser Maßregel, sondern auch noch eine kleine Lohn erhöhung.

In Bremerhaven legten auf einem Baue 27 Maurer die Arbeit nieder. Anlaß gab die Einstellung eines R.-B. Ein Platit befahlte, daß jeder aufhören könne, wer nicht mit diesem Schüttling arbeiten wolle, auch wurde mit Strafzeige gedroht. Die Leute folgten dem Gebot und der Unternehmer gab ihnen seinen Willen auf den Weg, keinen dem Centralverbande der Maurer Angehörigen wieder einzustellen — so lange er andere findet!

Der Streit der Töpfer in Leipzig ist abermals als beendet erklärt worden, nachdem die Prinzipale das nochmalige Erfuchen der Gehilfen, mit ihnen in Unterhandlung zu treten, unter Hinweis auf die früheren Abmachungen abgelehnt haben. Herausgegeben wurden für den Streit 1300 Mf.

Der große Metallarbeiterstreit in Mailand ist resultlos verlaufen. Die unterlegenen Arbeiter haben achtzehn Tage lang ausgehalten und das ist, wenn man bedenkt, daß sie nicht organisiert waren und keine Geldmittel besaßen, jedenfalls auerwennenswert und bürigt dafür, daß sie in Zukunft bei Erringung besserer Arbeitsbedingungen die Klippen vermeiden werden, welche ihnen jetzt die Niederlage brachte. Jeder Streit — gleichviel ob er gewonnen wird oder nicht — ist ein

Lehrmittel für beide Parteien, also im eigentlichen Sinne nicht resultlos. Die Arbeiter lernen sich zum Kriege rüsten und die Unternehmer gewöhnen sich, durch Schaden klug geworden, nach und nach daran, die Gleisberechtigung der Arbeiter bei Feststellung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Besonders Essel machte es bei den streitenden Arbeitern, als die Gabe der Mailänder Buchdrucker (2000 Fr.) bekannt gegeben wurde, diese und andere Unterstützungen aus ferner stehenden Berufskreisen befehlte sie, daß die Arbeiter sammt und sonders gewillt sind, für ihre mitleidenden Kameraden thätiger einzutreten, sobald sich diese selbst zu regen Anstalt machen.

In Havre legten 1000 Dock- und Hafenarbeiter die Arbeit nieder wegen verminderter Lohnerschöpfung.

In Chicago sind die Möbelstilcher im Ausstande; sie fordern achtstündige Arbeitszeit, Abschaffung der Stückarbeit und 25 Cents Minimalstundenlohn. Über die Hälfte der Streitenden arbeitet bereits zu den verlangten Bedingungen. Dieselben sind in fünf sprachlich verschiedenen Unionen organisiert, welche zusammen 1400 Mitglieder zählen.

### Briefkasten.

W. in St.: Bestellen Sie bei der dortigen Post, viel billiger. Unter Band für September 70 Pf. — H. in M.: bitten an Herrn Goetsch abzugeben. — H. in N.: 10 Stück erhalten. — E. K., Sonderhausen: 3 Exemplare. Adresse noch nicht eingetragen. — R. in B.: Dank für Mitteilung. Zeitung nicht erforderlich.

## Vereinsnachrichten. Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

**Verein Leipziger Buchdrudergehilfen.** (Gauverein Leipzig.) Bewegungsstatistik vom 6. bis 12. September 1891. Mitgliedstand 2075, neu eingetreten 4, zugetreft 10, vom Militär —, abgereist 3, ausgetreten 14, ausgeschlossen —, zum Militär 2, gestorben —, invalid —, Patienten 84, erwerbsfähige Patienten 5, Konditionlose 98, Invaliden 53, Witwen 100.

Dem Drucker Oswald Straßer aus Leipzig ist die Quittungsbuchs-Nr. 471 einzutragen an Stelle der bisherigen 19106.

**Bezirk Erfurt.** Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 11. Oktober in Straßburg im Lotale des Herrn Kaufmann statt. In derselben wird der Gehilfenvertreter Herr Pirschky-Halle über die Verhandlungen der Tarifkommission referieren. Anträge bitten wir baldig einzufinden. Tagesordnung geht den Mitgliedern per Circular zu. — Sonntag den 20. September, nachmittags 3 Uhr findet in Erfurt im Gasthause zur Deutschen Krone, Nordhäuserstraße, eine Allgemeine Buchdruderversammlung mit der Tagesordnung: Die augenblickliche Lage und die bevorstehende Bewegung statt. Referent: Gehilfenvertreter Herr Pirschky-Halle. Zu beiden Versammlungen sind Mitglieder sowie Nichtmitglieder, auch der umliegenden Dörfer, freundlich eingeladen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Dresden der Seizer Wilhelm Ruprecht, geb. in Münster (Hannover) 1862, ausgel. dasselb. 1880; war schon Mitglied. — R. Heyde, Königsbrückstraße 40.

In Frankfurt a. O. der Seizer Paul Zuleger, geb. in Neu-Trebbin bei Frankfurt a. O., ausgel. in Frankfurt a. O. — Robert Mielke, Hahnwald 10.

In Immendorf der Seizer Adam Fink, geb. in Wolsried 1866, ausgel. in Immendorf 1887; war noch nicht Mitglied. — Julius Hanke in München, Marsstr. 34, III.

### Schweizerischer Typographenbund.

**Zürich.** Der Seizer Arnold Alois Brunner aus Nieden, Kanton St. Gallen, hat unter Angabe falscher Thatsachen unberechtigter Weise hier das Abreisegeld bezogen und wird hiermit aufgefordert, dasselbe bis 10. Oktober zurückzuerstatten, widrigenfalls bis dato dessen Ausschluß erfolgt ist.

### Arbeitsmarkt.

#### Konditions-Schule.

Junger, tüchtiger Schriftsteller (B.-M.) sucht sofort Kondition. Offeren erbittet G. Vogt, Neu-Ruppiner, Fischbänkensstraße 21, II.

## Anzeigen.

### Flotter Zeitung- und Annonsencieber

sucht auf sofort oder später nach einer größeren Stadt Deutschlands Kondition. Offeren unter Nr. 11 bei die Geschäftsstelle d. Bl.

### Neueste Cylinder-Tretmaschinen

von BOHN & HERBER in Würzburg.

Nr. Druckf.	Preis
1. 30 : 44	Mk. 1750
2. 34 : 48	" 1850
3. 38 : 52	" 2000
4. 42 : 56	" 2200
5. 46 : 61	" 2500

Zum doppel Treten und doppel Anlegen eingerichtet.

Nr. Druckf.	Preis
6. 50 : 68	Mk. 2800
7. 55 : 76	" 3100
8. 62 : 85	" 4000

Garantie 2 Jahre.

Man verlange den auf einer solchen Maschine in vier Farben hergestellten Prospekt.

**J. D. Trennert & Sohn**  
Schriftgesserei und Buchdruck-Utensilien-Handlung  
Altona-Hamburg  
liefern komplett. Buchdruckerei-Einrichtungen.  
General-Vertreter der  
Schnellpr.-Fabrik v. Bohn & Herber  
in Würzburg.

### Zierat für Bücher und Accidenzen

von

Ramm & Seemann, Leipzig.

**Tadellose Galvanos.**  
Schönster, brauchbarster und wirkungs-  
vollster Schmuck aller Drucksachen.  
Reiche Auswahl. — Billige Preise.  
Musterblätter gratis und franco.  
+ Grosse Zeitsparnis beim Accidenzsatz! +

### Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.

Anleitung zum Ornamentieren im Buchdruckgewerbe. Von Friedrich Bosse. 124 Seiten gr. 8 auf starkem weissen Papiere mit farbiger Einfassung, zahlreichen Satzbeispielen. Preis 4,50 Mk. Elegant gebunden 6 Mk.

**Musterblätter für Accidenzsetter und -Drucker.** Bis jetzt erschienen 26 Hefte zu 1 Mk. pro Heft.

**Musterbücher für Accidenzarbeiten aller Art.** Preis geb. 20 Mk. [10]

Bestellungen erbitte per Buchhandel od. direkt per Post-einzug, da ich unter Nachnahme nicht expediere.

Zeitfaden für die Papier-Stereotypie. Von Franz Franck. Preis 1 Mk. 6 Exempl. u. mehr à 50 Pf. Über Fabrikation der Walzenmaße und Guß der Walzen. Von Franz Franck. 25 Pf. 6 Expl. 1 Mk. Gutenberg-Haus Franz Franck, Berlin W 41.

Bernhard Westerhold wo steckt Du? Gib Nachricht Deinem Bruder Wilhelm, Herford, Radeweger-Mühle.

### Leipzig.

Da in letzter Zeit seitens verschiedener hiesiger Prinzipale der Beruf gemacht worden ist, Kollegen mit längerer Kündigungsdauer zu engagieren, fordern wir hierdurch alle hiesigen und insbesondere alle auswärtigen Kollegen auf, bei Konditionsannahme in Leipzig sehr vorsichtig zu sein und insbesondere den Abschluß von Engagements mit längerer als höchstens vierzehntägiger Kündigungsfrist zu unterlassen.

Zu jeder Ankunft sind geru bereit

Konrad Eichler, L.-Auger, Gartenstraße 27, III., Otto Niedel, L.-Vollmarsdorf, Elisabethstr. 18, I., Paul Schorps, L.-Thonberg, Reichenhainerstr. 114, I.

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu bezahlen: Die Vorstellungen des Buchdruckers. Von Vier, Ant. Vorzugspreis bis 1. Oktober 80 Pf. Im Buchhandel 1 Mk. (Neu!) **Glossburg für Mischgewölber.** 1. Teil: Konstruktionsteile. 2. Teil: Formmatrizen, Schleifen usw. Gelegenheitskauf: Statt 8,25 Mk. nur 5 Mk. geb.

Die Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe, von Dr. Bahn. Anhang: 1890er Tarif. 2,80 Mk. Besonders als Agitationsmittel zu empfehlen.